

Jahresbericht 2017

Rechenschaftsbericht des Vorstands



Impressum

Jahresbericht 2017
Rechenschaftsbericht des Vorstands

Herausgeber

Global Policy Forum Europe
Königstr. 37a
53115 Bonn

Tel.: 0228-96 50 510

Fax: 0228-96 38 206

Mail: europa@globalpolicy.org

Homepage: www.globalpolicy.org

Kontakt: Jens Martens (Geschäftsführender Vorstand)

Bonn, 2. korrigierte Auflage, September 2018

Inhalt

I. Überblick	4
II. Arbeitsschwerpunkte 2017	6
1. Zukunftsgerechte Entwicklung, Agenda 2030 und SDGs	6
Zielkonflikte und Widersprüche bei der Umsetzung der SDGs.....	7
Agenda 2030 kommunal.....	10
2. Steuergerechtigkeit und Entwicklungsfinanzierung	14
Unternehmensbesteuerung – Flickenteppich mit System.....	15
3. Unternehmenseinfluss, Wirtschaft und Menschenrechte	18
Profit vor Menschenrechten.....	19
III. Finanzbericht 2017	21
IV. Daten und Fakten 2017	24
1. Vorstand und Mitarbeiter/innen	24
2. Veröffentlichungen	25
3. Chronologie der GPF-Aktivitäten	29
4. GPF im Internet	31

I. Überblick

Die Umwelt- und Entwicklungspolitik war auch im Jahr 2017 geprägt von der Agenda 2030 mit ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) und den Vereinbarungen des Pariser Klimagipfels. Sowohl auf internationaler Ebene als auch in Deutschland ging es nun darum, diese Beschlüsse in die Tat umzusetzen. In Deutschland geschah dies unter anderem im Rahmen der neuen Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die im Januar 2017 verabschiedet wurde. Sie markiert nach den Worten der Bundesregierung den „Weg in eine enkelgerechte Zukunft“. Auch für die neue Regierungskoalition sind die Agenda 2030 und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung deklariertes Ziel und „Maßstab des Regierungshandelns“. So steht es im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD – allerdings versteckt im Umweltkapitel auf Seite 137. Noch hat der allumfassende Kohärenzanspruch der Agenda 2030 als „Zukunftsvertrag für die Welt“ (so das BMZ) wenig mit der Wirklichkeit deutscher und internationaler Politik zu tun.

Geprägt waren Politik und gesellschaftlicher Diskurs vielerorts stattdessen von defensiven Reaktionen auf wachsende Fremdenfeindlichkeit, einer Renaissance des Nationalismus und verschärften Handelskonflikten. Brexit und Trump sind nur die sichtbarsten Zeichen dieser gefährlichen Trends.

Die Agenda 2030 mit ihrem ambitionierten Titel *Transformation unserer Welt* kann als Gegenentwurf zu Unilateralismus und Chauvinismus verstanden werden, indem sie für eine Stärkung multilateraler Zusammenarbeit, weltweite Solidarität und faire Weltwirtschaftsbeziehungen plädiert. Das Global Policy Forum (GPF) hat sich auch 2017 in zahlreichen Publikationen, Veranstaltungen und Vorträgen mit der Agenda 2030 befasst und über ihre Inhalte informiert.

Dabei haben wir stets deutlich gemacht, dass wir uns nicht als Fanclub der neuen Agenda begreifen. Wir halten es nach wie vor für wichtig, eine kritische Distanz zu den Beschlüssen der Regierungen zu wahren, zugleich aber auch das politische Veränderungspotential der neuen Nachhaltigkeitsagenda und ihrer Ziele auszuloten. Diesem Ziel dienten auch zwei wegweisende Publikationen, an den GPF maßgeblich beteiligt war: Dem internationalen Schattenbericht zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Agenda 2030 *Spotlight on Sustainable Development* sowie dem bundesdeutschen Pendant *Großbaustelle Nachhaltigkeit – Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda 2017*.

Die ausreichende Finanzierung der Agenda 2030, insbesondere die Mobilisierung heimischer öffentlicher Ressourcen, ist eine zentrale Erfolgsbedingung für die Verwirklichung der SDGs. Wesentliche Faktoren sind dabei der Aufbau effektiver Steuersysteme und die verstärkte internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Steuerflucht und Steuervermeidung. GPF hat sich aus diesem Grund auch 2017 mit dem Problem der weltweiten Kapitalflucht in Schattenfinanzzentren und Steueroasen befasst. Dies geschah unter anderem unter dem Dach der Global Alliance for Tax Justice.

Einen weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit bildete die Auseinandersetzung mit dem wachsenden Einfluss von Akteuren des Privatsektors (Privatwirtschaft und private Stiftungen) auf internationale Politikprozesse sowie der menschenrechtlichen Regulierung von Unternehmen. In mehreren Publikationen und Veranstaltungen haben wir uns 2017 vor allem mit dem UN-Prozess zur Aushandlung eines verbindlichen Abkommens zum Thema Wirtschaft und Menschenrechte („Treaty-Prozess“) befasst.

Einen wichtigen Aspekt unserer Arbeit bildet das Engagement in zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Netzwerken. Im Zentrum steht dabei die Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development, eine Allianz von mehreren internationalen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Netzwerken (Arab NGO Network for Development, Centre for Economic and Social Rights, Development Alternatives with Women for a New Era, Public Services International, Social Watch, Society for International Development, Third World Network, Friedrich-Ebert-Stiftung u.a.).

Von großer Bedeutung ist daneben auch unsere Mitarbeit in der Treaty Alliance, einem weltweiten Zusammenschluss von mehreren hundert zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich für ein internationales Abkommen zur Verankerung der menschenrechtlichen Pflichten von Unternehmen einsetzen. GPF koordiniert die Zusammenarbeit der deutschen Mitglieder der Treaty Alliance und engagiert sich daneben im deutschen CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung.

Schließlich sind wir im deutschen Netzwerk Steuergerechtigkeit sowie in der Global Alliance for Tax Justice aktiv, die wir mitgegründet haben.

GPF Europe ist Mitglied in diesen Allianzen und Netzwerken

Reflection Group
on the **2030 Agenda** for
Sustainable Development

 **NETZWERK
STEUER-
GERECHTIGKEIT**

 **SOCIAL WATCH**

CorA Corporate
Accountability
Netzwerk für Unternehmensverantwortung

 **GLOBAL
ALLIANCE
FOR TAX
JUSTICE**

TREATY ALLIANCE
GLOBAL MOVEMENT FOR A BINDING TREATY

II. Arbeitsschwerpunkte 2017

1. Zukunftsgerechte Entwicklung, Agenda 2030 und SDGs

Überblick

2017 standen die Diskussionen und Prozesse rund um die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sowie der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) im Mittelpunkt unserer Arbeit. Auf internationaler Ebene geschah dies in erster Linie im Rahmen der von GPF koordinierten Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development.

In Deutschland haben wir gemeinsam mit dem Forum Umwelt und Entwicklung, VENRO und anderen Nichtregierungsorganisationen die Zusammenarbeit im Kontext der Agenda 2030 aktiv mitgestaltet. Dies geschah im Rahmen von eigenen Veranstaltungen, der Mitwirkung an Diskussions- und Vortragsveranstaltungen, von Hintergrundgesprächen mit politischen Entscheidungsträgern sowie von mehreren Publikationen.

Unsere Projekte

GPF hat sich 2017 in fünf Projekten auf deutscher und internationaler Ebene mit der Agenda 2030 und den SDGs befasst.

In Deutschland haben wir mit unserem Projekt *2030.de* Schlüsselthemen der Agenda 2030 bearbeitet. Unterstützt wird das Projekt von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen und Engagement Global.

Zusätzlich veröffentlichten wir mit Unterstützung von Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt die vollständig aktualisierte und überarbeitete Neuauflage unseres [Handbuchs](#) *Die Agenda 2030 – Globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung*.

Außerdem koordinierte GPF auch 2017 die Publikation des [Schattenberichts](#) deutscher Nichtregierungsorganisationen zur Umsetzung der SDG in und durch Deutschland (*Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda 2017 – Großbaustelle Nachhaltigkeit*).

Auf internationaler Ebene haben wir unser Kooperationsprojekt im Rahmen der [Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development](#) fortgesetzt, in der wir u.a. mit Social Watch, dem Third World Network, DAWN, und dem Arab NGO Network for Development zusammenarbeiten. Unterstützt wird diese Arbeit von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Im Rahmen dieses Projektes haben wir 2017 den zivilgesellschaftlichen Schattenbericht zur Umsetzung der Agenda 2030 produziert (*Spotlight on Sustainable Development 2017*).

Daneben haben wir 2017 das Kooperationsprojekt [Global Policy Watch](#) fortgesetzt, in dem erstmals GPF New York, GPF Europe und Social Watch zusammenarbeiten. Ziel ist es, aktuelle Informationen und Analysen über die Agenda 2030 und ihre Umsetzung vor allem für Gruppen im globalen Süden bereitzustellen. Gleichzeitig sollen ihre Positionen in die Diskussionen auf UN-Ebene eingespeist und die weltweite Vernetzung von zivilgesellschaftlichen „Watchdog Organisationen“ unterstützt werden. Finanziell gefördert wird dieses Projekt vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Zielkonflikte und Widersprüche bei der Umsetzung der SDGs

Wer hat die Gestaltungsmacht über die globale Nachhaltigkeitsagenda?

von Jens Martens

Als die Agenda 2030 mit dem ambitionierten Titel „Transformation unserer Welt“ im September 2015 von den Regierungen unter dem Dach der Vereinten Nationen beschlossen wurde, werteten manche dies als historischen Erfolg. Denn mit der Agenda und ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) haben die Regierungen einen neuen politischen Referenzrahmen geschaffen, der für alle Länder gültig ist und alle Politikfelder umfasst – weit über die Domäne klassischer Umwelt- und Entwicklungspolitik hinaus.¹

Fortschritt gegenüber den MDGs...

Den Vorgängern der SDGs, den Millenniums-entwicklungszielen (MDGs) hat man zu Recht ökologische Blindheit vorgeworfen. Die neue Agenda spiegelt dagegen ein breites Entwicklungsverständnis wider, das auf den Menschenrechten basiert, die soziale, ökologische und ökonomische Dimension nachhaltiger Entwicklung umfasst, und auch wichtige Aspekte von Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit berücksichtigt.

Zudem beschränkt sich die Agenda 2030 nicht darauf, einige hehre Ziele zu definieren, sondern sie beschreibt auch die fiskalischen, regulatorischen und institutionellen Mittel, die zu ihrer Umsetzung benötigt werden. Dies ist zweifellos ein weiterer Fortschritt gegenüber den MDGs, die die internationalen Rahmenbedingungen und die Verantwortung des Nordens für ihre Umsetzung nur vage adressierten.

... und doch verwässert und widersprüchlich

Dass dieses Thema in der Agenda 2030 so prominent auftaucht, hatte allerdings seinen Preis. Denn die Umsetzungsziele im SDG-Katalog, die überwiegend die Verantwortung der reichen Länder adressieren, wurden im Verhandlungspoker soweit verwässert, dass sich aus ihnen kaum spezifische Handlungsverpflichtungen ableiten lassen. Zum Teil sind sie phantasielos und wenig innovativ, wenn etwa als Maß des finanziellen Lastenausgleichs zwischen armen und reichen Ländern einmal mehr das 0,7-Prozentziel erhalten muss. Und zum Teil sind die Ziele widersprüchlich, wenn sie beispielsweise einerseits den Schutz und die nachhaltige Nutzung des globalen Ökosystems anmahnen, andererseits aber das Ziel eines ungebremsten Wirtschaftswachstums propagieren.

Die Agenda 2030 und ihre Ziele sind keineswegs aus einem Guss. Sie sind der in sich zum Teil widersprüchliche Kompromiss von 193 Regierungen mit ihren unterschiedlichen Interessen und Prioritäten.

Widersprüche auf allen Ebenen

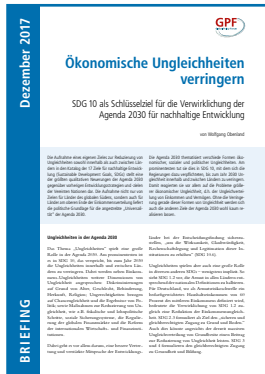
Widersprüchlichkeiten und Zielkonflikte bestehen aber nicht nur innerhalb der Agenda 2030,



¹ Vgl. dazu ausführlicher Martens/Obenland (2017).

sondern auch im Verhältnis zu anderen, zum Teil konkurrierenden Strategien und Agenden auf nationaler wie internationaler Ebene.

So hat beispielsweise die G20 bereits bei ihrem Gipfel in China 2016 einen speziellen G20-Aktionsplan zur Agenda 2030 verabschiedet. Mit ihm verpflichtete sich die G20, ihre gesamte Arbeit an der Agenda 2030 auszurichten. Ein Jahr später bestätigte sie im Hamburg Update diese Verpflichtung. Während jedoch andere Aktionspläne und Initiativen der G20 detaillierte Vorhaben und Zeitpläne formulierten, blieben der Aktionsplan zur Agenda 2030 und das Hamburg Update vage und allgemein. Noch problematischer ist die Diskrepanz zwischen dem



verbalen Kohärenzanspruch, alle Aktivitäten an der Agenda 2030 auszurichten, und der tatsächlichen G20-Politik. Denn *de facto* ordnet die G20 ihr gesamtes Handeln nicht den Prinzipien der Agenda 2030 sondern dem Primat wirtschaftlichen Wachstums und der Schaffung von investorenfreundlichen Rahmenbedingungen unter. Auf den 13 Seiten des Hamburger Aktionsplans der G20 taucht der Begriff „Wachstum“ 55-mal auf, von „nachhaltiger Entwicklung“ ist nur einmal die Rede (und auch dies nur im Zusammenhang von „nachhaltigem Wachstum und Entwicklung“). Stattdessen fordert die G20 beispielsweise, dass die gesamte Fiskalpolitik wachstumsfreundlich, und das heißt in erster Linie wirtschafts- und investorenfreundlich, sein sollte.



Auch in Deutschland weist die Bundesregierung darauf hin, dass es eine zentrale Anforderung der Agenda 2030 sei, die Kohärenz der Politik zugunsten nachhaltiger Entwicklung zu verbessern. Sie räumt aber zugleich ein, dass einzelne

Ziele in einem Spannungsfeld zu anderen Zielen stehen könnten und entsprechende Zielkonflikte „auf der Maßnahmenebene“ aufgelöst werden müssten. Dabei hätten allerdings die fiskalpolitischen Ziele für sie oberste Priorität. In der neuen Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, quasi dem Aktionsplan zur Umsetzung der Agenda 2030 in Deutschland, stellt sie klar: „Die Aufnahme von Zielen in die Strategie ändert daher nichts daran, dass sich für ihre Umsetzung geplante Maßnahmen in die haushalts- und finanzpolitischen Vorgaben der Bundesregierung einfügen müssen.“² Mit anderen Worten: Nicht die Haushalts- und Finanzpolitik wird an den sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Zielvorgaben der Agenda 2030 ausgerichtet, sondern umgekehrt wird die Umsetzung der SDGs in Deutschland dem obersten Ziel fiskalpolitischer Stabilität untergeordnet.

„Enorme Unterschiede der Chancen, des Reichtums und der Macht“

Wer sich im Wettstreit der Agenden und Strategien am Ende durchsetzt, hängt, so banal es klingt, vom Einfluss der jeweiligen Interessengruppen und den gesellschaftlichen Machtverhältnissen ab. Bemerkenswerterweise haben die Regierungen selbst in der Agenda 2030 die „enormen Unterschiede der Chancen, des Reichtums und der Macht“ innerhalb und zwischen den Ländern als „immense Herausforderungen“ für nachhaltige Entwicklung bezeichnet.³ Nur wenn es gelinge, ökonomische, soziale und politische Ungleichheiten zu reduzieren, sei die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsagenda und ihrer Ziele möglich.

Eine Voraussetzung dafür wäre, den gegenwärtigen Konzentrationsprozessen in der Wirtschaft entgegenzuwirken und die Gestaltungsmacht für die proklamierte „Transformation unserer Welt“ nicht zunehmend an private Akteure

2 Bundesregierung (2017): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2016. Neuauflage. Berlin, S. 53.
 3 Bundesregierung (2017): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2016. Neuauflage. Berlin, S. 53.

zu übertragen. „Reclaiming policies for the public“ betitelt aus diesem Grund ein internationales Bündnis der Zivilgesellschaft im Jahr 2017 seinen Schattenbericht zur Umsetzung der Agenda 2030.⁴ Dazu müsste allerdings der gegenwärtige Teufelskreis der Schwächung des Staates durchbrochen werden: Denn die Kombination aus neoliberaler Ideologie, Wirtschaftslobbyismus, unternehmensfreundlicher Finanzpolitik sowie Steuervermeidung und -hinterziehung hat zu einer massiven Schwächung des öffentlichen Sektors und seiner Fähigkeit geführt, lebenswichtige Güter und Dienstleistungen bereitzustellen. Diese Schwäche haben die Verfechter der Privatisierung und diverser Formen von Partnerschaften mit der Wirtschaft genutzt, um den Privatsektor als die bessere Alternative darzustellen und seine weitere Stärkung zu fordern. Gleichzeitig haben eben die Unternehmensstrategien und politischen Entscheidungen, die zur Schwächung der öffentlichen Hand führten, eine beispiellose Anhäufung von privatem Reichtum und eine wachsende Marktkonzentration ermöglicht.

Die SDGs – mehr als ein „business case“

Gewiss spielt die Wirtschaft bei der Umsetzung der Agenda 2030 eine wichtige Rolle, denn nachhaltige Entwicklung erfordert auch umfassende Veränderungen in den Geschäftspraktiken von Unternehmen. Allerdings bedeutet die Anerkennung dieser Rolle nicht, die Akkumulation von Reichtum und wirtschaftlicher Macht zu fördern, privaten Unternehmen unangemessen Einfluss auf die Politik zu gewähren und zudem außer Acht zu lassen, dass sie viele der Probleme, für deren Bewältigung die Agenda 2030 geschaffen wurde, selbst verursacht haben.

Statt weiter den irreführenden Diskurs über „Multistakeholderism“ zu führen und die SDGs als „business case“ zu verkaufen, ist ein grundlegender Kurswechsel notwendig. Um die SDGs und ihre transformative Vision

zu verwirklichen, muss die öffentliche Hand Gestaltungsspielraum zurückgewinnen. Denn die politische Relevanz der Agenda 2030 wird sich am Ende darin beweisen, ob sie im Sinne einer kohärenten Gesamtstrategie nicht eine unter Vielen bleibt, sondern zur Aufgabe aller Ressorts gemacht wird, und die zu ihrer Umsetzung erforderlichen finanz- und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Weitere Informationen

Civil Society Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development

(2017): Spotlight on Sustainable Development 2017. Reclaiming policies for the public. Privatization, partnerships, corporate capture and their impact on sustainability and inequality – assessments and alternatives. Beirut/Bonn/Ferney-Voltaire/Montevideo/New York/Penang/Rome/Suva. www.2030spotlight.org/en

Martens, Jens/Obenland, Wolfgang (2017):

Die Agenda 2030. Globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung. Vollständig aktualisierte und überarbeitete Neuauflage. Bonn/Osnabrück: Global Policy Forum/terre des hommes. www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Agenda_2030_online.pdf

⁴ Civil Society Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development (2017).

Agenda 2030 kommunal

Umsetzung der SDGs in Städten und Gemeinden*

von Jens Martens



Die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) in und durch Deutschland ist nicht ausschließlich eine Bundesangelegenheit. Auch den Städten und Kommunen kommt eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung der Agenda zu. Viele haben inzwischen

Diskussionsprozesse zur Umsetzung der SDGs auf lokaler Ebene eingeleitet. Mehr als 60 Städte, Kreise und Gemeinden, von Freiburg im Süden bis Kiel im Norden, haben bisher eine Musterresolution des Deutschen Städtetages unter dem Titel „Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ unterzeichnet. In Nordrhein-

Westfalen haben 15 Städte und Kreise, darunter Köln, Dortmund und Bonn, beschlossen, die globalen Nachhaltigkeitsziele auf die kommunale Ebene „herunterzubereiten“ und integrierte Nachhaltigkeitsstrategien zu erarbeiten. Dabei muss das Rad keinesfalls neu erfunden werden. Vielmehr können Prozesse zur Umsetzung der Agenda 2030 auf lokaler Ebene auf bestehenden Initiativen und Institutionen aufbauen und diese neu beleben.

Städte und Gemeinden in der Agenda 2030

Die Regierungen befassen sich in der Agenda 2030 an verschiedenen Stellen mit der wichtigen Rolle von Städten und Gemeinden. Mit einem eigenständigen Nachhaltigkeitsziel (SDG 11) verpflichten sie explizit, Städte „inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig“ zu gestalten. Die Zielvorgaben von SDG 11 sehen vor allem vor, zusätzlichen Wohnraum und öffentliche Verkehrssysteme zu schaffen, die Umweltbelastung in und durch Städte zu senken, die Zahl der von Katastrophen betroffenen Menschen zu reduzieren und die Stadtplanung inklusiver und partizipatorischer zu gestalten.

Auch die Bundesregierung misst den Städten und Kommunen bei der Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele eine wichtige Rolle bei. Nach ihren Worten sind sie „wesentliche Akteure und treibende Kraft zur Erreichung der Agenda 2030.“

Handlungsfelder für kommunale Akteure

Kommunalverwaltungen, Stadträte, Bürgerinitiativen und lokale Gruppen haben vielfältige Möglichkeiten, sich im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 und der SDGs zu engagieren. Grundsätzlich lassen sich dabei sechs allgemeine Handlungsfelder unterscheiden:



* Dieser Text basiert auf einem längeren Briefing Paper zu diesem Thema, vgl. Martens (2017).

1. Information und Bewusstseinsbildung: Die SDGs bekannt machen

In einem ersten Schritt muss es darum gehen, über die Agenda 2030 und ihre Nachhaltigkeitsziele zu informieren und in der Bevölkerung Bewusstsein dafür zu schaffen, dass diese Agenda für die kommunale Arbeit relevant und nützlich sein kann.

2. Vernetzung: Kommunale Nachhaltigkeitsbündnisse schmieden

Eine Stärke der Agenda 2030 besteht in ihrem multidisziplinären Charakter. Die SDGs basieren auf den universellen Menschenrechten und decken sowohl die soziale, ökologische und ökonomische Dimension nachhaltiger Entwicklung ab als auch die Bereiche Frieden und internationale Zusammenarbeit. Dadurch bietet sich die Chance zu einer besseren Vernetzung von Gruppen, die in diesen Themenbereichen aktiv sind – auch auf kommunaler Ebene.

3. Lobbyarbeit: Kommunale Perspektive in die nationale SDG-Umsetzung einbringen

Im Laufe der letzten Jahre sind den Städten und Gemeinden immer neue Aufgaben und Verantwortlichkeiten zugewiesen worden, beispielsweise bei der flächendeckenden Einrichtung von Kita-Plätzen und der Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen. Um nun im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 weitere Aufgaben übernehmen zu können, müssen sie bei Bund und Ländern dafür eintreten, dass die kommunalen Interessen in den Nachhaltigkeitsstrategien und -politiken ausreichend berücksichtigt werden.

4. Schaffung der politischen Grundlage: Ratsbeschluss und kommunale Nachhaltigkeitsstrategie

Ein erster Schritt zur kommunalpolitischen Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele kann darin bestehen, einen entsprechenden Beschluss im Stadt- oder Gemeinderat zu verabschieden. Als Vorlage kann dafür die Musterresolution des Deutschen Städtetages dienen. Es bei diesem eher symbolischen Akt

zu belassen, wäre aber nicht genug. Zahlreiche Städte und Gemeinden gehen bereits wesentlich weiter und haben partizipative Prozesse zur Erarbeitung einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie eingeleitet.

5. Umsetzung: SDGs „kommunalisieren“, d.h. vor Ort umsetzen

Nach der Ausarbeitung und Verabschiedung einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie besteht der entscheidende Schritt darin, sie vor Ort effektiv umzusetzen. Dies wird nur möglich sein, wenn die jeweilige Stadt oder Kommune über die dafür notwendigen personellen Kapazitäten und finanziellen Mittel verfügt. Eine weitere Erfolgsbedingung ist die breite Einbeziehung der Bevölkerung in die Umsetzung.

6. Monitoring: Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategien überprüfen

Ein wesentlicher Bestandteil nationaler wie kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien sollte ihre regelmäßige Überprüfung sein. Eine Voraussetzung dafür ist, dass die Strategien entsprechend überprüfbare Zielvorgaben und Fortschrittsindikatoren enthalten. Zudem sollten in das Monitoring zivilgesellschaftliche Gruppen umfassend einbezogen werden.



Die Chance nutzen

Die Relevanz der Agenda 2030 in Deutschland wird sich auch darin beweisen, in welchem Maße Zivilgesellschaft und Medien die SDGs als Referenzrahmen nutzen, sie in der deutschen Öffentlichkeit bekannt machen und kontinuierlich von der Politik ihre Verwirklichung einfordern – auch auf kommunaler Ebene. In jedem Fall bietet der Umsetzungsprozess der Agenda 2030 auch für Städte und Gemeinden die Chance, Diskussionsprozesse zu den Fragen zu fördern, wie Zukunftsfähigkeit und gesellschaftlicher Fortschritt definiert werden sollten, und wie die Prinzipien der Solidarität und der globalen Verantwortung angesichts der Grenzen des globalen Ökosystems in konkretes gesellschaftliches Handeln vor Ort übersetzt werden können. Das Engagement lokaler Gruppen und einer informierten Öffentlichkeit bildet die notwendige Erfolgsbedingung dafür, dass die Agenda 2030 dem Anspruch einer Transformationsagenda zumindest in Ansätzen gerecht werden kann.

Weitere Informationen

Martens, Jens (2017): Agenda 2030 kommunal. Die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele in Städten und Gemeinden. Bonn: Global Policy Forum
www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/GPF-Briefing_1117_Agenda2030_kommunal.pdf



GPF-Workshop zu SDG-Haushalten in Bonn im Dezember 2017



Jens Martens bei einer Veranstaltung zur lokalen Umsetzung der Agenda 2030 in Nürnberg

Spotlight on Sustainable Development 2017

Reclaiming policies for the public

In the 2030 Agenda governments committed to a revitalized Global Partnership between States and declared that public finance has to play a vital role in achieving the SDGs. But in recent decades, the combination of neoliberal ideology, corporate lobbying, business-friendly fiscal policies, tax avoidance and tax evasion has led to a massive weakening of the public sector and its ability to provide essential goods and services. The same corporate strategies and fiscal and regulatory policies that led to this weakening have enabled an unprecedented accumulation of individual wealth and increasing market concentration.

The proponents of privatization and public-private partnerships (PPPs) use these trends to present the private sector as the most efficient way to provide the necessary means for implementing the SDGs. But many studies and experiences by affected communities have shown that privatization and PPPs involve disproportionate risks and costs for the public sector. PPPs can even exacerbate inequalities, decrease equitable access to essential services and jeopardize the fulfilment of human rights. Therefore, it is high time to counter these trends, reclaim public policy space and take bold measures to strengthen public finance, regulate or reject PPPs and weaken the grip of corporate power on people's lives. These are indispensable prerequisites to achieve the SDGs and to turn the vision of the transformation of our world, as proclaimed in the title of the 2030 Agenda, into reality.

www.2030spotlight.org



Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda 2017

Großbaustelle Nachhaltigkeit

Mit der Verabschiedung der Agenda 2030 im Herbst 2015 hat sich die Bundesregierung dazu verpflichtet, die Ziele für nachhaltige Entwicklung (die SDGs) der UN auch in Deutschland und mit deutscher Unterstützung weltweit umzusetzen. Der nächste große Moment auf dem Weg in eine potentiell nachhaltigere Zukunft ist die Bundestagswahl 2017. Mit ihrer Entscheidung können Bürgerinnen und Bürger in Deutschland dafür sorgen, dass die Transformation unserer Welt, wie es in der Agenda 2030 heißt, ein Stückchen näher rückt. Die neue Bundesregierung muss dann unter Beweis stellen, wie ernst sie es mit der Erreichung der SDGs meint. In Großbaustelle Nachhaltigkeit – Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda legen 42 Autorinnen und Autoren aus der deutschen und europäischen Zivilgesellschaft dar, in welchen Bereichen aus ihrer Perspektive besonders große Umsetzungslücken bestehen und wie es nach der Bundestagswahl vorangehen muss.

www.2030report.de



2. Steuergerechtigkeit und Entwicklungsfinanzierung

Überblick

Während des Jahres 2017 haben wir uns im Programmbereich „Steuergerechtigkeit und Entwicklungsfinanzierung“ auf den Follow-up zur 3. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung konzentriert. Dabei blieb die internationale Zusammenarbeit in

Steuerfragen sowie die Stärkung globaler Institutionen einer unserer Schwerpunkte. Immer geht es darum auszuleuchten, welche Veränderungen in den Ländern des globalen Nordens nötig sind, um den Ländern des Südens die nötigen Spielräume zu eröffnen, Ihre Prioritäten in der Verwirklichung der Agenda 2030 tatsächlich zu realisieren.

Unsere Projekte

GPF hat sich 2017 in drei Projekten auf deutscher und internationaler Ebene mit der Entwicklungsfinanzierung im weiteren Sinn befasst.

Um unsere Kapazitäten im Arbeitsbereich zu erhöhen, haben wir unsere seit einigen Jahren bestehende Kooperation mit MISEREOR um einen neuen Partner, Brot für die Welt, erweitert. Gemeinsam haben wir die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre fortgesetzt, die sich schwerpunktmäßig dem Thema „Steuergerechtigkeit“ widmete und sie um die Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Koordination auf globaler Ebene im Rahmen der Financing for Development CSO Group erweitert. Außerdem haben wir inhaltlich den Bogen zum Arbeitsbereich Unternehmenseinfluss, Wirtschaft und Menschenrechte geschlagen, indem wir die Rolle privater Akteure in der Umsetzung der Entwicklungsfinanzierungsagenda untersuchten. Weiterhin haben wir die Arbeit zur institutionellen Aufwertung des Themas Steuern weiter vorangetrieben und für ein politisches Gremium mit universeller Mitgliedschaft unter dem Dach der Vereinten Nationen argumentiert.

Im Rahmen unseres Kooperationsprojekts mit Brot für die Welt und MISEREOR sowie in unserem Projekt Global Policy Watch haben wir uns aktiv bei der zweiten Umsetzungstagung, dem sogenannten ECOSOC Forum on Financing for Development Follow-up im Mai 2017 eingebracht und in Deutschland über die Ergebnisse informiert. Auch im Rahmen unseres Projekts Global Policy Watch haben wir Themen der Entwicklungsfinanzierung aufgegriffen, u.a. im Kontext des High-level Political Forums on Sustainable Development im Juli 2017. Zuletzt haben wir auf die nötige Finanzpolitische Flankierung von Nachhaltigkeitspolitik hingewiesen in dem von uns mit herausgegebenen Schattenbericht zu Umsetzung der Agenda 2030 in und durch Deutschland *Großbaustelle Nachhaltigkeit – Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda 2017* sowie einem Briefing Paper zum erstmaligen (und auf absehbare Zeit letztmaligen) Erreichen der 0,7%-Quote durch die Bundesregierung.

Unternehmensbesteuerung – Flickenteppich mit System

Wie das Steuersystem Wettbewerb verzerrt, ökonomischen Schaden anrichtet und Gerechtigkeit untergräbt*

von Wolfgang Oberland

International agierende Unternehmen haben viele Vorteile im Wettbewerb, unter anderem durch ein Besteuerungssystem, das sie mehr als nötig bevorzugt. In der Folge werden lokale Unternehmen und die lokale Wirtschaft geschädigt, mit Auswirkungen auf die Finanzierung von Gemeinwesen, soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftsstruktur. Dabei gibt es sowohl prinzipielle wie auch ganz pragmatische Ansätze dafür, was gegen Steuervermeidung und -hinterziehung sowohl global als auch national getan werden könnte.

Am 5. November 2017 veröffentlichte ein Netzwerk von Journalist*innen und Medien koordiniert vom International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) mit den Paradise Papers das jüngste Konvolut an Belegen dafür, dass es Personen und Unternehmen noch immer ein Leichtes ist, ihre Steuerlast durch die Ausnutzung eines global zerfaserten Finanzsystems zu drücken.

Immenser Schaden durch Steuervermeidung

Tatsächlich bietet eine ganze Dienstleistungsindustrie Angebote für Personen und Unternehmen, die es ihnen ermöglichen, sich Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Die Folgen davon sind mittlerweile gut belegt. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) schätzt, dass den Staaten global durch Steuervermeidungspraktiken multinationaler Unternehmen jährlich 100 bis 240 Milliarden Euro an Einnahmen verloren gehen. Umfangreichere Schätzungen zu

Kapitalverlusten zeigen, dass das Phänomen gerade für ärmere Länder volkswirtschaftlich bedenkliche Ausmaße annimmt. So errechnet das Washingtoner Forschungsinstitut Global Financial Integrity Verluste für sog. Entwicklungsländer von 620 bis 970 Milliarden US-Dollar im Jahr 2014 allein.⁵

Die Folgen sind vielfältig: Schwache Sozialsysteme, mangelhafte öffentliche Dienstleistungen, schwache Binnenwirtschaft.

Das Hauptproblem für die Steuerbehörden liegt daran, dass der Flickenteppich nationaler Regelwerke den Geschäftspraktiken transnational agierender Konzerne nicht mehr gerecht wird. Tochterfirmen multinationaler Unternehmen werden in den jeweiligen Ländern als selbstständige Einheiten besteuert. Dabei ist jedoch kaum nachzuvollziehen, ob der steuerliche Gewinn einer Tochterfirma korrekt ausgewiesen oder zum Beispiel durch manipulierte Preisfestsetzungen für konzerninterne Transaktionen künstlich kleingerechnet wird.

Wie man Steuern sparen kann

Die Mechanismen und Folgen auch für kleinere Unternehmen und ihre Wettbewerbsfähigkeit hat der Wirtschaftswissenschaftler Lorenz Jarass in einem Beitrag für Makronom am Beispiel zweier



* Dieser Text erschien (in leicht geänderter Form) zuerst im Rundbrief Forum Umwelt und Entwicklung, Ausgabe 4/2017.

5 www.gfintegrity.org/wp-content/uploads/2017/05/GFI-IFF-Report-2017_final.pdf

fiktiver Bäckereien in Deutschland plastisch verdeutlicht:⁶

Eine lokal tätige und sich vor Ort – etwa bei einer Sparkasse – finanzierende Bäckerei trägt auf vielerlei Art und Weise zum Steuerertrag und zur lokalen Wertschöpfung bei. Sie ermöglicht bspw. Banken Einnahmen über bezahlte Kreditzinsen (die in Deutschland versteuert werden), bezahlt ebenfalls besteuerte Löhne, macht Werbung (deren Erträge die lokalen Dienstleister*innen ebenfalls versteuern) und kann diese Ausgaben mit ihren Gewinnen verrechnen, die danach aber ebenfalls zur Besteuerung herangezogen werden.



Im Gegenbeispiel wurde ein Bäckereiunternehmen vor einigen Jahren an internationale Finanzinvestor*innen verkauft. Der Kaufpreis wird überwiegend aus dem Eigenkapital des Bäckereiunternehmens refinanziert. Das wird durch Kredite ausgeglichen, die aber nicht lokal, sondern z.B. bei einer/einem Schweizer Finanzdienstleister aufgenommen werden. Die Zinserträge dieses Dienstleisters werden entsprechend nicht versteuert, weil hierfür eine Steuerbefreiung gilt. Weiter bezahlt das Unternehmen für die Nutzung seines Markennamens Lizenzgebühren an eine ebenfalls im Ausland ansässige Tochterfirma, natürlich in einem Land, in dem solche Lizenzeinnahmen ebenfalls steuerlich befreit sind. Werbung wird über das Internet gemacht. Sowohl die Zinsen als auch die Markengebühren und Werbeausgaben kann das Unternehmen steuerlich geltend machen. Am Ende verbleibt fast kein Gewinn, trotz evtl. guter Umsätze. Weil sowohl die Kreditgeber*innen als auch die Lizenzverwaltungsfirma „steuerlich optimiert“ sind, bezahlen sie auch sonst nirgendwo Steuern. Der kleinen Bäckerei bleibt, so sie ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht einbüßen will, nur

die Möglichkeit, sich ähnlicher Tricks zu bedienen – etwa das Ausweichen auf Internetwerbung oder ausländische Kreditgeber*innen. Im Ergebnis verzeichnen nicht nur Finanzämter geringere Einnahmen – mit Folgen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen von der sozialen Sicherung bis zur Bildung – sondern auch die lokale Wirtschaft. Das wiederum kann zu weniger Arbeitsplätzen und niedrigeren Löhnen führen.

Die Grundprobleme: Steuerwettbewerb und Transfer Pricing

Weitere und zum Teil äußerst komplexe Problemfelder bestehen im Internethandel. Wo versteuert bspw. Amazon die Einnahmen aus seiner Versandtätigkeit? Wie wird der Umsatz besteuert oder wo werden Patenteinnahmen abgerechnet? Wichtig ist aber festzuhalten, dass es im Kern zwei Ursachen gibt:

Zum einen herrscht, auch innerhalb der Europäischen Union (EU), ein Wettbewerb um möglichst attraktive Besteuerungsmodelle und Steuersätze. Das reicht von für einzelne Megaunternehmen eingeräumten Sonderregeln (wie etwa im Fall Apples in Irland oder Amazons in Luxemburg) bis hin zu systematischen Ausnahmen für Einnahmen aus bestimmten Quellen (bspw. Zins- und Lizenzeinnahmen in den Niederlanden). Hinzu kommt ein u. a. durch Brexit und Trump befeuert neuer Anlauf im Wettbewerb um möglichst „attraktive“ Unternehmenssteuersätze insgesamt.

Zum anderen gilt im internationalen Steuerrecht noch immer der Grundsatz, dass Mutter- und Tochterunternehmen als separate Steuersubjekte betrachtet werden. Finanzflüsse und Handel zwischen diesen Einheiten werden steuerlich so behandelt, als geschähen sie zwischen unabhängigen Unternehmen. Zur Berechnung des steuerlichen Werts der Transaktionen werden Vergleichspreise herangezogen, die üblichen Marktpreisen entsprechen sollen. Allerdings ist die Findung eines Marktpreises für Güter wie Patente oder Markenrechte

fast unmöglich. In der Summe ermöglicht genau dieses System (engl.: transfer pricing) Gewinnverschiebungen und Steuervermeidung. Alle Reformbemühungen, beispielsweise im Rahmen der G20/OECD-Initiative ‚Base Erosion and Profit Shifting‘ (Erosion der (Steuer-)Basis und Gewinnverlagerung – BEPS), haben dieses Grundproblem nicht adressiert.

Was zu tun wäre

Steuersystematisch gibt es zwei Ansätze, die zu gerechterer Besteuerung und damit gerechterem Wettbewerb führen würden: Der große Wurf wäre eine Ablösung des Transfer-Pricing-Systems durch ein System, in dem Konzerne inkl. aller Tochterfirmen als steuerliche Einheit betrachtet werden (engl.: unitary taxation, dt.: Gesamtkonzernsteuer) und in dem die global ermittelten Gewinne anhand einer Formel auf alle Länder verteilt wird, in denen die Firmengruppe aktiv ist. Die Formel könnte auf realen Größen aufbauen (z.B. Zahl der Mitarbeiter*innen, Umsatz, Wertschöpfung) und würde die Komplexität des internationalen Steuersystems stark reduzieren. Allerdings ist auch dieser Ansatz mit Fallstricken versehen, die einer politischen Lösung bedürfen. Dazu gehört die Frage, wie stark die Steuersätze mit denen, die nach der Formel verteilten Gewinne belegt werden, einander angeglichen werden. Immerhin wird der Ansatz in der EU – aber auch unter Expert*innen und Aktivist*innen – ernsthaft diskutiert.⁷ Ein pragmatischerer Ansatz könnte in national umsetzbaren Maßnahmen bestehen. Denn entgegen der üblichen Ablenkungsmanöver („Keine nationalen Alleingänge!“) haben Länder wie Deutschland durchaus Möglichkeiten. Beispiele wären eine (u. U. in Grenzen verrechenbare) Quellenbesteuerung auf an ausländische Unternehmen bezahlte Zinsen und Lizenzgebühren oder eine Reform der Gewerbesteuer.⁸

Um gerade auch auf internationaler und globaler Ebene voranzukommen, sind allerdings neue institutionelle Mechanismen von Nöten. So bleiben v. a. kleine und ärmere Länder in der globalen Steuerpolitik noch weitgehend außen vor und werden zu Erfüllungsgehilfen der Beschlüsse der Großen und Mächtigen degradiert. Um aber auch den relativ am stärksten betroffenen Ländern des Globalen Südens eine Stimme zu geben, braucht es Institutionen, an denen sie gleichberechtigt beteiligt sind, etwa unter dem Dach der Vereinten Nationen. So wie der politische Einfluss großer Unternehmen national unverhältnismäßig stärker ist als der kleiner, lokaler Akteur*innen, so braucht global gesehen die politische Macht von Klubs wie der OECD oder der G20 ein Korrektiv.⁹

Literatur und weitere Informationen

Hentschel, Karl-Martin (2017): Die Gesamtkonzernsteuer – Systemwechsel bei der Unternehmensbesteuerung Vorteile, Fallstricke und der Kampf um die Umsetzung. Info Steuergerechtigkeit #14, Juni 2017.
https://netzwerksteuergerechtigkeit.files.wordpress.com/2014/06/info-steuergerechtigkeit-14_gesamtkonzernsteuer1.pdf

Jarass, Lorenz (2017): Warum das deutsche Steuersystem unfairen Wettbewerb fördert – und was dagegen getan werden könnte. In: Makronom, 16. Oktober 2017.
<https://makronom.de/steuervermeidung-warum-das-deutsche-steuersystem-unfairen-wettbewerb-foerdert-und-was-dagegen-getan-werden-koennte-23474>

Obenland, Wolfgang (2017): Aussichten für die globale Zusammenarbeit in Sachen Steuern. In: Kurswechsel 4/2017, S. 21–27.

7 Hentschel (2017).

8 Ebd.

9 Obenland (2017).

3. Unternehmenseinfluss, Wirtschaft und Menschenrechte

Überblick

Ein Arbeitsschwerpunkt von GPF im Jahr 2017 lag in dem Themenbereich Unternehmenseinfluss sowie Wirtschaft und Menschenrechte. Dies geschah insbesondere im Rahmen von Kooperationsprojekten mit Brot für die Welt und MISEREOR und mit der

Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im Fokus unserer Arbeit standen dabei die laufenden Prozesse zur Unternehmensregulierung im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte auf deutscher und UN-Ebene. Wir wirkten hierzu an Fachgesprächen und zivilgesellschaftlichen Strategietreffen mit und erstellten mehrere Publikationen.

Unsere Projekte

GPF hat sich 2017 in drei Projekten mit dem Einfluss privater Akteure auf nationale und internationale Politikprozesse und deren Regulierung befasst.

Im Rahmen des Kooperationsprojekts mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung bot GPF einen Workshop zum Treaty-Prozess beim G20-Alternativgipfel in Hamburg an. Am Rande der 3. Tagung der UN-Arbeitsgruppe zum Treaty im Oktober 2017 veranstaltete GPF einen Runden Tisch bei welchem der weitere Prozess gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft diskutiert wurde. Ein weiteres Ergebnis der Kooperation war die Veröffentlichung eines Kurzpapiers zum aktuellen Stand des Treaty-Prozesses.

Um den Prozess zu unterstützen, engagierte sich GPF mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene. Die deutsche zivilgesellschaftliche Treaty Alliance wird von GPF koordiniert. Gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen der Treaty Alliance erstellte und veröffentlichte GPF ein Positionspapier und eine Bündniszeitung zum Prozess.

Im Rahmen unseres Kooperationsprojekts „Gegen-Lobby für Zukunftsgerechtigkeit“ mit Brot für die Welt und MISEREOR beobachtete GPF die Einflussnahme von privaten Akteuren, darunter Stiftungen, auf verschiedene Politikprozesse und vernetzte sich zu diesen Themen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, beispielsweise zum Wirtschaftseinfluss bei der Klimakonferenz in Bonn im November 2017 und zum Einfluss von Stiftungen auf die Weltgesundheitsorganisation. Zu letzterem Thema verfasste GPF einen Beitrag für den alternativen Weltgesundheitsbericht *Global Health Watch 5*.

In Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung veröffentlichte GPF die Studie zur Einflussnahme von Wirtschaftsakteuren auf die G20-Verhandlungen. Gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Brot für die Welt veranstaltete GPF auf dem G20-Alternativgipfel einen weiteren Workshop zur Einflussnahme der Wirtschaft auf die G20 und andere internationale politische Foren.

Profit vor Menschenrechten

Wie Lobbyverbände und Industriestaaten sich querstellen*

von Karolin Seitz

Seit Jahren versucht die Wirtschaft verbindliche Regeln im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte zu verhindern. So waren es auch ihre Lobbytätigkeiten, die 1992 den Vorschlag für einen Code of Conduct bei den Vereinten Nationen und 2003 die sogenannten UN-Normen zu Fall brachten. Beide Abkommen sollten die Verantwortlichkeiten transnationaler Konzerne festschreiben. Widerstand kam von den global führenden Wirtschaftsverbänden.

Besonders bei Industrieländern stoßen die Wünsche der Wirtschaft auf offene Ohren. Statt auf verbindliche Regeln setzten ihre Regierungen darauf, dass sich Unternehmen selbst zur Einhaltung von Menschenrechten verpflichtet. So blieben auch die 2011 verabschiedeten UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte völkerrechtlich unverbindlich. Die Wirtschaft begrüßte den Empfehlungskatalog und forderte: So bald solle sich daran nichts ändern.

Als Ecuador und Südafrika 2014 einen neuen Anlauf unternahmen, im UN-Menschenrechtsrat ein verbindliches Abkommen auszuhandeln, machte die Wirtschaft mobil. Doch aller Lobbyarbeit zum Trotz wurde die Einrichtung einer zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe zur Erstellung des Abkommens beschlossen. Daraufhin machten die Wirtschaftsverbände eine taktische Kehrtwende. Sie kündigten an, sich an den Diskussionen in der Arbeitsgruppe zu beteiligen. Wenn sich Wirtschaft und Industrieländer heraushielten, so die Befürchtung, könnte sich die Arbeitsgruppe schnell auf ein rechtsverbindliches Instrument einigen. Das geht

aus einem Strategiepapier der Internationalen Arbeitgebervereinigung (IOE) hervor.

Nicht nur bei der UN, auch national blockiert die Wirtschaft Fortschritte in dem Bereich. Allen voran die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) setzte 2016 alle Hebel in Bewegung, jegliche Verbindlichkeit im Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) zu verhindern. Dem folgend verlangte das Finanzministerium im Juni 2016, die wenigen verbleibenden Menschenrechtsauflagen für Unternehmen aus dem NAP-Entwurf zu streichen. Die Verpflichtungen würden deutsche Unternehmen übermäßig belasten.

Auch beim UN-Treaty, ziehen die Wirtschaftsverbände alle Register: Sie nehmen an den Verhandlungen teil, veröffentlichen Statements und Studien, nutzen persönliche Netzwerke und versuche die Öffentlichkeit über die Medien für sich zu gewinnen. Und sie finanzieren politische Institutionen. Viele UN-Organe sind klamm: Erst kürzlich bezuschusste Microsoft das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte mit 5 Millionen US-Dollar.

Für eine demokratische Entscheidungsfindung sollten unterschiedliche Stimmen aus der Gesellschaft gehört werden, auch die der



* Dieser Text wurde zuerst veröffentlicht in Treaty Alliance Deutschland (Hrsg.) (2017).

Wirtschaft. Jedoch dürfen ihre Interessen nicht über denen von Menschenrechtsorganisationen stehen. Die Rollen müssen klar sein: Wer ist legitimiert zu regulieren und wer wird reguliert.

Im November 2016 verliehen die Regierungen der Internationalen Handelskammer (ICC) als erstem Wirtschaftsverband einen Beobachtungsstatus innerhalb der UN. Ein falsches Zeichen. Damit setzen sie Vertreter*innen privatwirtschaftlicher Interessen auf eine Höhe mit dem Vatikan, Palästina und internationalen Staatenorganisationen wie der Afrikanischen Union, denen dieser Status sonst vorbehalten ist.

Um den Einfluss von Unternehmen auf die Politik in Deutschland zu begrenzen, sind ein Lobbyregister, eine angemessene Karenzzeit, limitierte und transparente Finanzflüsse längst überfällig. Und auch die UN braucht Regeln für ihren Umgang mit der Wirtschaft, um ihren Einfluss zu begrenzen. Mit dem UN-Treaty-Prozess besteht für die Regierungen nun die Chance, zu zeigen, dass sie den Menschenrechten Vorrang vor den Interessen der Wirtschaft geben.

Literatur und weitere Informationen

Treaty Alliance Deutschland (2017): Für eine menschenrechtliche Regulierung der globalen Wirtschaft – Positionspapier der Treaty Alliance Deutschland zum UN-Treaty-Prozess zu transnationalen Konzernen und anderen Unternehmen. Berlin.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/images/pdfs/Treaty_Alliance-D_Positionspapier_12-2017.pdf

Treaty Alliance Deutschland (Hrsg.) (2017): UN Treaty – Menschenrechte vor Profit. Beilage zur taz im Oktober 2017. Berlin.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/2017-49_Buendniszeitung_Menschenrechte_vor_Profit_Treaty_Alliance_Deutschland.pdf



GPF-Workshops beim Gipfel für globale Solidarität in Hamburg im Juli 2017.

III. Finanzbericht 2017

Die finanzielle Entwicklung von GPF Europe verlief auch 2017 erfreulich. Das Jahr konnte mit einem Überschuss in Höhe von 7.629,28 Euro und einer ausgeglichenen Bilanz abgeschlossen werden (s. Tabelle). Der Umsatz blieb nach dem erheblichen Anstieg 2016 auf dem Niveau des Vorjahres und lag bei 318.937,03 Euro (s. Grafik).

Größte Ausgabenposten waren die Personalkosten, die Büromiete sowie Reise- und Veranstaltungskosten.

Wichtigste zivilgesellschaftliche Partner waren im Jahr 2017 MISEREOR und Brot für die Welt. Mit ihnen bestehen jeweils mehrjährige Kooperationsvereinbarungen. Weitere wichtige Geldgeber waren die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen und die Engagement Global gGmbH. Sie unterstützen unsere Projekte, die sich mit Schlüsselthemen der Agenda 2030 befassen.

Weiterhin erhielt GPF Europe 2017 Mittel der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie unterstützte unser Projekt zu verbindlichen globalen Unternehmensregeln (*Treaty-Prozess*).

Zusätzlich erhielten wir Mittel aus dem gemeinsamen Kooperationsprojekt mit Social Watch zum Thema Monitoring, Advocacy und Networking im Zusammenhang mit der Agenda 2030 der UN (*Global Policy Watch*, www.globalpolicywatch.org). Das Instituto del Tercer Mundo erhielt als formaler Träger von Social Watch für dieses Projekt einen Zuschuss des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Schließlich finanzierte ein Konsortium verschiedener deutscher Nichtregierungsorganisationen

und Verbände unsere Koordinations- und Redaktionstätigkeit im Rahmen des deutschen Schattenberichts zur Agenda 2030.

Da viele Aktivitäten von GPF Europe in Zusammenarbeit mit anderen NGOs und Stiftungen durchgeführt wurden, wurde ein Teil der Projektkosten (Veranstaltungen, Reisekosten etc.) direkt von diesen Kooperationspartnern getragen. Das gilt zum Beispiel für gemeinsame Veranstaltungen und Aktivitäten mit der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Weiterhin besteht die Hauptaufgabe darin, die Finanzierung von GPF Europe durch längerfristige Kooperationsvorhaben und Projektzuschüsse sicherzustellen, um die Arbeit von GPF Europe über punktuelle Einzelvorhaben hinaus auf eine langfristig stabile Finanzgrundlage zu stellen.

Für den Zeitraum bis Ende 2018 ist dies durch die Fortsetzung bzw. Erneuerung von Kooperationsvorhaben mit MISEREOR und Brot für die Welt sowie der Förderung durch die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen und Engagement Global gGmbH gelungen. Bei diesen und anderen Geldgebern und Partnern steht in diesem Jahr die Weiterführung der Kooperation bzw. Unterstützung für den Zeitraum nach 2018 an.

Da die Mittelbewilligung sowie die Auszahlung der Fördergelder häufig mit erheblicher Verzögerung erfolgt, war bisher der Ausbau der satzungsmäßigen Rücklagen dringend erforderlich. Sie konnten 2017 auf insgesamt 109.561,23 Euro gesteigert werden (s. Grafik). Nur so können bei Bedarf Liquiditätsengpässe überbrückt und notfalls der kurzfristige Wegfall von Zuschüssen ausgeglichen werden.

Abbildung 1 — Umsatz GPF Europe 2004-2016 (in Euro)

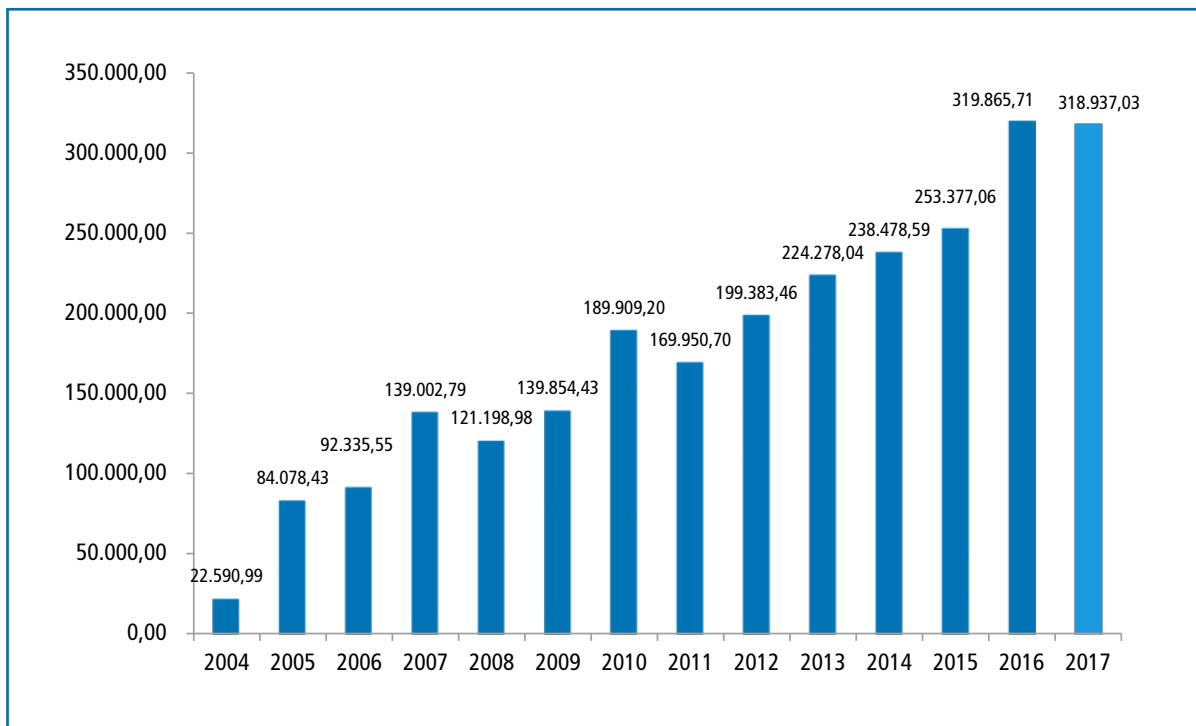
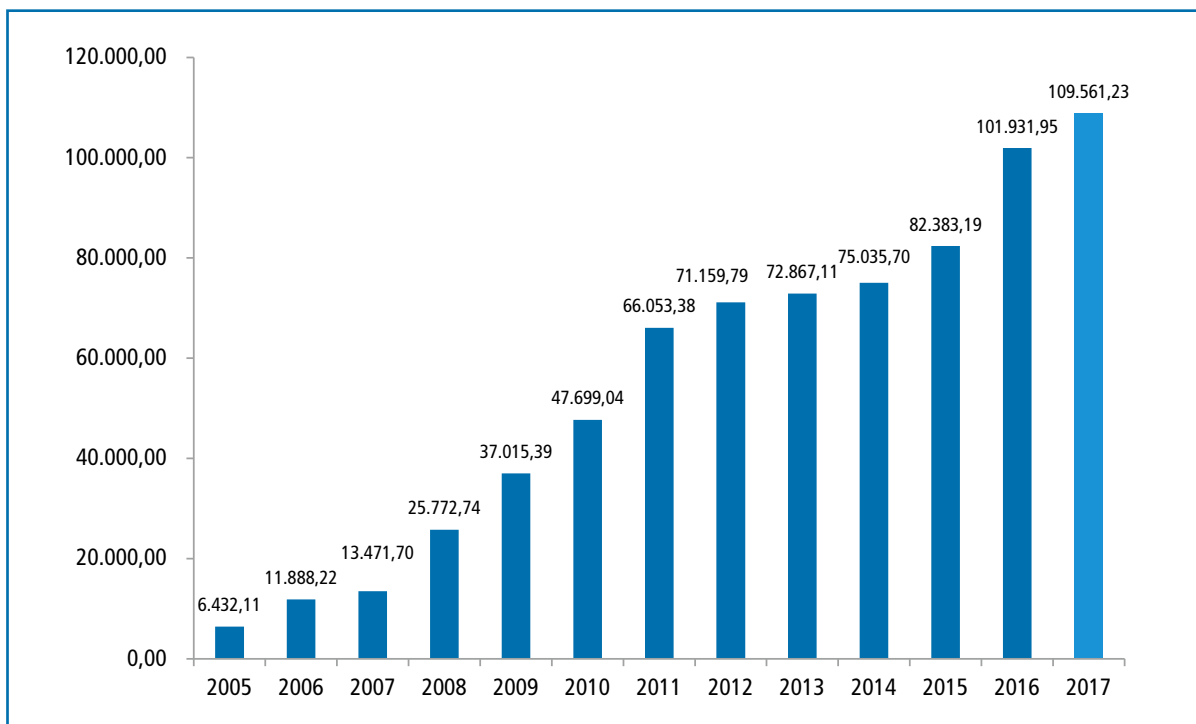


Abbildung 2 — Rücklagen GPF Europe 2004-2016 (in Euro)



Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017








Beträge in Euro

Bilanz	2017	2016
Aktiva		
A. Anlagevermögen	1.752,00	2.729,00
B. Umlaufvermögen	137.266,54	104.834,49
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.543,83	13.270,00
2. Sonstige Vermögensgegenstände	1.000,00	1.000,00
3. Kassenbestand und Bankguthaben	132.722,71	90.564,49
C. Rechnungsabgrenzungsposten	830,00	830,00
Summe	139.848,54	108.393,49
Passiva		
A. Eigenkapital	109.561,54	101.931,95
1. Gewinnrücklagen (satzungsmäßige Rücklagen)	109.561,03	101.931,95
2. Bilanzgewinn	0,00	0,00
B. Rückstellungen	1.433,11	711,74
C. Verbindlichkeiten	28.854,20	5.749,80
1. Erhaltene Anzahlungen	28.854,20	5.749,80
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen		
3. Sonstige Verbindlichkeiten		
D. Rechnungsabgrenzungsposten		
Summe	139.848,54	108.393,49
Gewinn- und Verlustrechnung	2017	2016
1. Umsatzerlöse	318.937,03	319.865,71
a. Engagement Global gGmbH	63.174,00	48.500,00
b. Friedrich-Ebert-Stiftung	47.300,00	47.600,00
c. Brot für die Welt	41.186,34	22.971,48
d. MISEREOR	40.133,84	43.750,00
e. Rosa-Luxemburg-Stiftung	38.960,00	16.678,55
f. Instituto del Tercer Mundo	29.924,67	30.127,13
g. Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW	34.377,92	33.083,20
h. Deutscher Naturschutzring	7.479,00	0
i. terre des hommes (tdh)	2.500,00	50.000,00
j. Andere Geldgeber	7.020,00	0
k. VENRO	0	7.770,00
l. Heinrich-Böll-Stiftung	0	13.680,00
m. Publikationserlöse	1.814,26	3.110,60
n. Mitgliedsbeiträge	2.945,00	2.510,00
o. Spendeneinnahmen	2.122,00	0
p. Kostenerstattungen	0,00	84,75
2. Honorare an Dritte	12.307,00	7.382,65
3. Personalaufwand	225.859,94	199.583,36
4. Abschreibungen	1.392,31	1.056,35
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	71.745,36	92.295,72
a. Raumkosten	10.170,28	10.157,55
b. Versicherungen, Beiträge und Abgaben	200,00	225,50
c. Reparatur- u. Instandhaltungskosten	2.687,00	1.537,50
d. Werbe- und Reisekosten (inkl. Tagungen)	22.574,48	22.377,55
e. Verschiedene betriebliche Kosten (inkl. Publikationen)	36.113,60	57.313,57
f. Kosten der Warenabgabe	0,00	509,91
6. Forderungsverluste/Kursverluste	3,26	174,14
7. Zinsen und sonstige Erträge	0,12	1,13
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.629,28	19.548,76
9. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
10. Jahresüberschuss	7.629,28	19.548,76
11. Einstellungen in die Gewinnrücklagen (satzungsmäßige Rücklagen)	7.629,28	19.548,76
12. Bilanzgewinn	0,00	0,00





IV. Daten und Fakten 2017

1. Vorstand und Mitarbeiter/innen

GPF Europe wird getragen von einem kleinen Kreis engagierter Mitglieder (Ende 2017: 47) und einem fünfköpfigen Vorstand. Den Kern von GPF Europe bildet sein Bonner Büro mit seinem Geschäftsführer Jens Martens, dem Programmkoordinator Wolfgang Obenland und der Programmmitarbeiterin Karolin Seitz, sowie einer Reihe freier Mitarbeiter/innen, Praktikant/innen und Berater/innen.

Vorstand GPF Europe		Vorstand GPF New York	
	<i>Dr. Tanja Brühl</i> Vorstandsvorsitzende; Professorin, Universität Frankfurt am Main		<i>Barbara Adams</i> Vorstandsvorsitzende
	<i>Dr. Michèle Roth</i> Schatzmeisterin; Geschäftsführerin der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn		<i>Abigail Neville</i> Schatzmeisterin
	<i>Bodo Ellmers</i> Vorstandsmitglied; Policy and Advocacy Manager bei Eurodad		<i>Marina Lent</i> Stellvertretende Vorstandsvorsitzende
	<i>Verena Winkler</i> Vorstandsmitglied; freiberufliche Beraterin und Consultant		
			<i>Jens Martens</i> Geschäftsführender Vorstand

Mitarbeiter/innen

GPF Europe		GPF New York	
	<i>Wolfgang Obenland</i> Programmkoordinator (Bonn)		<i>Barbara Adams</i> Freie Mitarbeiterin (New York)
	<i>Karolin Seitz</i> Programme Officer (Bonn)		<i>Sarah Dayringer</i> Programme Officer (New York)

Praktikantinnen und Praktikanten (GPF Europe)

Jannis Bittner

Matthias Pesch

Joel Hesener

Berater/innen

Lou Pinget
Policy Advisor (Montreal)

Klaus Hüfner
Senior Research Fellow on UN Finance (Berlin)

David Weaver
Policy Advisor (New York)

Henning Melber
Policy Advisor (Uppsala)

2. Veröffentlichungen

- Adams, Barbara/Dayringer, Sarah (2017):** UN partnerships in the public interest? Not yet. GPW Briefing #18.
www.globalpolicywatch.org/wp-content/uploads/2017/10/GPW18_2017_10_25.pdf
- Adams, Barbara/Judd, Karen (2017):** Data is the new gold – development players mine a new seam. GPW Briefing #19.
www.globalpolicywatch.org/wp-content/uploads/2017/11/GPW19_2017_11_28.pdf
- Adams, Barbara/Judd, Karen (2017):** Implementing the 2030 Agenda requires acknowledging extraterritorial obligations. In: Civil Society Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development (2017), S. 26ff.
- Adams, Barbara/Judd, Karen (2017):** Women rights without borders: Combatting inequalities within and among countries is key to women's empowerment. GPW Briefing #16.
www.globalpolicywatch.org/wp-content/uploads/2017/03/GPW16_2017_03_14.pdf
- Adams, Barbara/Luchsinger, Gretchen (2017):** The UN development system: Can it catch up to the 2030 Agenda? GPW Briefing #15.
www.globalpolicywatch.org/wp-content/uploads/2017/02/GPW15_2017_02_22.pdf
- Brunkhorst, Svenja/Obenland, Wolfgang (2017):** SDGs für die Bundesländer – Die Rolle der Länder bei der Umsetzung der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung. GPF Briefing. Bonn.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/GPF-Briefing_0117_SDGs_Bundeslander.pdf
- Civil Society Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development (2017):** Spotlight on Sustainable Development 2017. Reclaiming policies for the public. Privatization, partnerships, corporate capture and their impact on sustainability and inequality – assessments and alternatives. Beirut/Bonn/Ferney-Voltaire/Montevideo/New York/Penang/Rome/Suva.
www.2030spotlight.org/en
- CorA – Netzwerk für Unternehmensverantwortung/Global Policy Forum et al. (Hrsg.) (2017):** Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda | 2017 – Großbaustelle Nachhaltigkeit. Berlin/Bonn/Köln.
www.2030report.de/
- Global Policy Forum/Brot für die Welt/MISEREOR/Welt-Sichten (Hrsg.) (2017):** Partnerschaften mit Risiken – Über die Chancen, Gefahren und Nebenwirkungen von Multi-Akteur-Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung. Frankfurt/Main.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/ws-Dossier_5-2017_Web.pdf
- Grupo de Reflexión de la Sociedad Civil sobre la Agenda 2030 para el Desarrollo Sostenible (Hrsg.) (2017):** Spotlight – Enfoques sobre Desarrollo Sostenible 2017. En defensa del interés público – Privatización, partnerships, apropiación empresarial y su impacto sobre la sustentabilidad y la desigualdad: evaluaciones y alternativas. Beirut/Bonn/Ferney-Voltaire/Montevideo/New York/Penang/Rome/Suva.
www.2030spotlight.org/sites/default/files/download/Spotlight_Report_2017_esp.pdf
- Kerkow, Uwe (2017):** Ländersache Nachhaltigkeit – Die Umsetzung der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung durch die Bundesländer. Bonn: Global Policy Forum.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/Laendersache_Nachhaltigkeit.pdf
- Martens, Jens (2017):** Agenda 2030 kommunal – Die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele in Städten und Gemeinden. GPF Briefing. Bonn.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/GPF-Briefing_1117_Agenda2030_kommunal.pdf
- Martens, Jens (2017):** Corporate Influence on the G20 – The case of the B20 and transnational business networks. Bonn/Berlin/New York: Global Policy Forum/Heinrich-Böll-Stiftung.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/Corporate_Influence_online.pdf

- Martens, Jens (2017):** Die Agenda 2030, Nachhaltigkeitsziele und Haushaltspolitik – Schritte für Politik und Zivilgesellschaft zu einem SDG-konformen Bundeshaushalt. Bonn.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Agenda_2030_und_Haushaltspolitik_Web.pdf
- Martens, Jens (2017):** The G20 and the 2030 Agenda: Contradictions and conflicts at the Hamburg Summit. GPW Briefing #17.
www.globalpolicywatch.org/wp-content/uploads/2017/09/GPW17_2017_09_21.pdf
- Martens, Jens (2017):** Die G20 und die Agenda 2030 – Widersprüche und Konflikte beim Hamburger Gipfel. GPF Briefing. Bonn.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPF-Briefing_0717_G20_und_Agenda_2030_online.pdf
- Martens, Jens (2017):** Die Wirtschaftslobby und die G20 – Die Business20 und das Geflecht transnationaler Unternehmensnetzwerke rund um die G20. GPF Briefing. Berlin/Bonn: Heinrich-Böll-Stiftung/Global Policy Forum.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/GPF-Briefing_0317_Wirtschaftslobby_Web.pdf
- Martens, Jens (2017):** Mit Vollgas auf der Bremse – Deutschlands selektiver Multilateralismus in den Vereinten Nationen. In: CorA – Netzwerk für Unternehmensverantwortung/Global Policy Forum et al. (Hrsg.): Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda | 2017 – Großbaustelle Nachhaltigkeit. Berlin/Bonn/Köln, S. 176-180.
- Martens, Jens (2017):** Políticas públicas para los ODS – Privatización, asociaciones público-privadas, influencia empresarial e implementación de la Agenda 2030. In: Grupo de Reflexión de la Sociedad Civil sobre la Agenda 2030 para el Desarrollo Sostenible (Hrsg.): Spotlight – Enfoques sobre Desarrollo Sostenible 2017. En defensa del interés público. Beirut/Bonn/Ferney-Voltaire/Montevidéo/New York/Penang/Rome/Suva, S. 11-19.
www.2030spotlight.org/sites/default/files/download/Spotlight_Report_2017_esp.pdf
- Martens, Jens (2017):** Politische Gestaltungsmacht für die sozial-ökologische Transformation – Privatisierung, Partnerschaften, Unternehmensmacht und die Umsetzung der Agenda 2030. Internationale Politikanalyse. Berlin/Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung/Global Policy Forum.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/13630.pdf
- Martens, Jens (2017):** Reclaiming the public (policy) space for the SDGs. In: Civil Society Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development (2017), S. 11-18.
- Martens, Jens (2017):** Schritte zum SDG-konformen Bundeshaushalt – Agenda 2030, Nachhaltigkeitsziele und Haushaltspolitik. GPF Briefing. Bonn.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/GPF-Briefing_1217_SDG-konformer_Haushalt.pdf
- Martens, Jens (2017):** We Have to Reclaim the Public Policy Space for SDGs. IPS (13.7.2017).
www.ipsnews.net/2017/07/reclaim-public-policy-space-sdgs/
- Martens, Jens/Obenland, Wolfgang (2017):** Agenda 2030 und Nachhaltigkeitsziele. In: Welttrends Nr. 133 | November 2017, S. 40-45.
- Martens, Jens/Obenland, Wolfgang (2017):** Die Agenda 2030 – Globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung. Vollständig aktualisierte und überarbeitete Neuauflage. Bonn.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Agenda_2030_online.pdf
- Martens, Jens/Obenland, Wolfgang (2017):** Ungleiche Entwicklung – entwickelte Ungleichheit. In: südlink Nr. 181/September 2017, S. 16ff.
- Martens, Jens/Seitz, Karolin (2017):** Begrenzte Rolle – klare Regeln: Globale Partnerschaften sind kein Wundermittel zur Umsetzung der SDGs. In: Global Policy Forum/Brot für die Welt/MISEREOR/Welt-Sichten (Hrsg.): Partnerschaften mit Risiken – Über die Chancen, Gefahren und Nebenwirkungen von Multi-Akteur-Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung. Frankfurt/Main, S. 21ff.
- Martens, Jens/Seitz, Karolin (2017):** Der Boom der Partnerschaften – Multi-Akteur-Partnerschaften in der 2030-Agenda. In: Global Policy Forum/Brot für die Welt/MISEREOR/Welt-Sichten (Hrsg.): Partnerschaften mit Risiken – Über die Chancen, Gefahren und Nebenwirkungen von Multi-Akteur-Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung. Frankfurt/Main, S. 3ff.

- Martens, Jens/Seitz, Karolin (2017):** Gestiftete Entwicklung? Die Kooperation zwischen der deutschen Entwicklungspolitik und privaten Stiftungen. Aachen/Berlin/Bonn/New York: MISEREOR/Brot für die Welt/Global Policy Forum.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/Gestiftete_Entwicklung_final.pdf
- Martens, Jens/Seitz, Karolin (2017):** Globale Partnerschaften – Wundermittel zur Umsetzung der 2030-Agenda. Bonn.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Globale_Partnerschaften_online.pdf
- Martens, Jens/Seitz, Karolin (2017):** Multi-Akteur-Partnerschaften in der 2030-Agenda. Elemente eines rechtlichen und institutionellen Rahmens. GPF Briefing. Bonn.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/GPF-Briefing_0217_Mult-Akteur-Partnerschaften.pdf
- Martens, Jens/Seitz, Karolin (2017):** Zusammenarbeit nicht um jeden Preis! Die Kooperation zwischen der deutschen Entwicklungspolitik und der Bill & Melinda Gates Foundation. In: Global Policy Forum/Brot für die Welt/MISEREOR/Welt-Sichten (Hrsg.): Partnerschaften mit Risiken – Über die Chancen, Gefahren und Nebenwirkungen von Multi-Akteur-Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung. Frankfurt/Main, S. 12f.
- Monshausen, Antje/Obenland, Wolfgang (2017):** Reduce inequality within and among countries. In: Transforming Tourism (Hrsg.): Tourism and the 2030 Agenda for Sustainable Development. Berlin, S. 58–62.
www.transforming-tourism.org/fileadmin/baukaesten/sdg/downloads/sdg-complete.pdf
- Obenland, Wolfgang (2017):** Aussichten für die globale Zusammenarbeit in Sachen Steuern. In: Kurswechsel 4/2017, S. 21–27.
- Obenland, Wolfgang (2017):** Einmal 0,7 Prozent sind nicht genug – Das Erreichen der ODA-Quote darf nicht zum Strohfeuer werden. GPF Briefing. Bonn.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/GPF-Briefing_1017_ODA_online.pdf
- Obenland, Wolfgang (2017):** Europe's influence on Global Inequality. In: Braunsdorf, Felix (Hrsg.): Causes of flight »Made in Europe« – On European Policy and Its Relationship with Migration and Flight. Berlin : Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 17–21.
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/13507.pdf>
- Obenland, Wolfgang (2017):** L'influence de l'Europe sur les inégalités dans le monde. In: Braunsdorf, Felix (Hrsg.): Les causes des migrations dues aux politiques »Made in Europe« – Politiques européennes et corrélations avec les migrations. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 19–23.
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/13649.pdf>
- Obenland, Wolfgang (2017):** Ökonomische Ungleichheiten verringern – SDG 10 als Schlüsselziel für die Verwirklichung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. GPF Briefing. Bonn.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/GPF-Briefing_1217_Ungleichheiten_online.pdf
- Obenland, Wolfgang (2017):** Unternehmensbesteuerung – Flickenteppich mit System. In Rundbrief Forum Umwelt und Entwicklung 4/2017, S. 6f.
www.forumue.de/wp-content/uploads/2017/12/FORUM_rundbrief417_Konzerne.pdf
- Pingeot, Lou (2017):** Private Military and Security Companies – obstacles to the realization of SDG 16. In: Civil Society Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development (2017), S. 146f.
- Seitz, Karolin (2017):** Profit vor Menschenrechten – Wie Wirtschaftsverbände und Industriestaaten sich querstellen. In: Treaty Alliance Deutschland (Hrsg.): UN Treaty – Menschenrechte vor Profit. S. IV.
- Seitz, Karolin (2017):** Der Nationale Aktionsplan „Wirtschaft und Menschenrechte“ und die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie – kommt zusammen, was zusammen gehört? GPF Briefing. Bonn.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/GPF-Briefing_0217_NAP.pdf
- Seitz, Karolin/Martens, Jens (2017):** Philanthrolateralism: Private Funding and Corporate Influence in the United Nations. In: Global Policy, 8 (S5), S. 46–50.

Treaty Alliance Deutschland (2017): Für eine menschenrechtliche Regulierung der globalen Wirtschaft – Positionspapier der Treaty Alliance Deutschland zum UN-Treaty-Prozess zu transnationalen Konzernen und anderen Unternehmen. Berlin.

www.globalpolicy.org/images/pdfs/images/pdfs/Treaty_Alliance-D_Positionspapier_12-2017.pdf

Treaty Alliance Germany (2017): Toward global regulation of human rights and business. Position paper of the Treaty Alliance Germany on the UN treaty process on transnational corporations and other business enterprises. Berlin.

www.globalpolicy.org/images/pdfs/Treaty_Alliance_Germany_position_paper_12-2017.pdf

Treaty Alliance Deutschland (Hrsg.) (2017): UN Treaty – Menschenrechte vor Profit. Beilage zur taz im Oktober 2017. Berlin.

www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/2017-49_Buendniszeitung_Menschenrechte_vor_Profit_Treaty_Alliance_Deutschland.pdf



3. Chronologie der GPF-Aktivitäten

Was	Wann
Vortrag von Jens Martens zur Agenda 2030 und den SDGs bei der Fernuniversität Hagen	12.01.
Vortrag von Jens Martens zur Agenda 2030 und den SDGs beim Studieninstitut des Landes Niedersachsen	01.02.
Workshop „Globale Partnerschaften – Wundermittel zur Umsetzung der 2030-Agenda?“ in Bonn	07.02.
Vortrag von Wolfgang Obenland über die Umsetzung der Agenda 2030 auf regionaler Ebene bei der Region Hannover	08.02.
Podiumsteilnahme von Jens Martens bei der Veranstaltung und die Agenda 2030 – Erwartungen und Perspektiven“ in Bonn	09.02.
Vortrag von Wolfgang Obenland zur Umsetzung der Agenda 2030 auf Länderebene und kommunal im Landtag Schleswig-Holsteins in Kiel	07.03.
Vortrag von Jens Martens zur Agenda 2030 und ihrer Bedeutung für Brandenburg beim Städte- und Gemeindebund Brandenburg in Wandlitz	09.03.
Public Panel Debate „Advancing Women’s Economic Empowerment through Human Rights“ in New York	17.03.
Vortrag von Wolfgang Obenland zur Umsetzung der Agenda 2030 bei der Freien Hansestadt Bremen	20.03.
Vortrag von Jens Martens über Multistakeholderismus und seine Nebenwirkungen bei einem Workshop von CorA-Netzwerk, Brot für die Welt und FES in Berlin	28.04.
Vortrag von Jens Martens über die bundespolitischen Rahmenbedingungen und die Rolle der Bundesländer bei der Umsetzung der Agenda 2030 bei der Partei DIE LINKE in Berlin	06.05.
Side-event beim 2017 ECOSOC Forum on Financing for Development Follow-up: „How a UN Intergovernmental Tax Body could tackle illicit financial flows and advance progressive and gender responsive tax systems“ in New York	22.05.
Side-event beim 2017 ECOSOC Forum on Financing for Development Follow-up: „Public-Private Interfaces – New models of interaction between the public and private actors, successes and challenges and their meaning for development finance and the eradication of poverty“ in New York	24.05.
Webinar-Vortrag zur Financing-for-Development Agenda von Wolfgang Obenland bei VENRO	31.05.
Vortrag von Jens Martens zu „Fit for whose purpose? The role of public and private actors and means in implementing the SDGs“ beim BMZ in Bonn	07.06.
Workshop „Ungleichheiten verringern – aber wie? Schlüsselthema der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ in Bonn	23.06.
Vortrag von Jens Martens zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung als neuer Referenzrahmen für Kommunen bei SKEW u.a. in Hamburg	26.06.
Vorträge von Wolfgang Obenland über „Global nachhaltige Entwicklung(sziele)im Spannungsfeld globaler Ungleichheiten“ beim EPN Hessen in Frankfurt/Main	30.06./01.07.
Vortrag von Jens Martens über den „Spotlight on Sustainable Development 2017“ bei SID und Universität Hamburg	04.07.
Workshop beim Gipfel für globale Solidarität „Corporate influence in the G20 and other international policy fora“, Hamburg	06.07.
Workshop beim Gipfel für globale Solidarität „Menschenrechte vor Profit! Warum wir globale Unternehmensregeln brauchen“, Hamburg	06.07.
Side-Event beim High-level Political Forum der UN zum Thema „Policy Coherence and Financing for Sustainable Development With Equality“, New York	13.07.

Was	Wann
Side-Event beim High-level Political Forum der UN zum Thema „Reclaiming policies for the public: Privatization, partnerships, corporate capture and their impact on sustainability and inequality – assessments and alternatives“, New York	18.07.
Side-Event beim High-level Political Forum der UN zum Thema “SDG-implementation: How are governments doing their part? The experience of Civil Society shadow (or spotlight) reporting. How it is key for meaningful participation and accountability”, New York	18.07.
Medienworkshop zur Präsentation des Bericht „Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda 2017 – Großbaustelle Nachhaltigkeit“ in Berlin	05.09.
Vortrag von Jens Martens über „Die aktuelle Weltlage und wohin muss sich tdh bewegen“ bei der Mitgliederversammlung von terre des hommes in Bad Hersfeld	09.09.
Vortrag von Wolfgang Obenland zur SDG-Umsetzung im Bund und lokal bei Möwe/Eine Welt Netz NRW u.a. in Dortmund	10.09.
Vortrag von Karolin Seitz zum Treaty-Prozess beim Netzwerk Gerechter Welthandel in Berlin	04.10.
Vortrag von Jens Martens über „The SDGs and their relevance for tackling the challenges of a socio-ecological transformation „ bei der internationalen Konferenz “The new multipolar global order and the challenge of the SDGs. ÖFSE 50th anniversary” veranstaltet von der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE) in Wien	13.10.
Vorlesung von Wolfgang Obenland zur Agenda 2030 bei ARTS/Universität Bonn	19.10.
Vortrag von Jens Martens zu Wirtschaft und SDGs bei Südwind in Bonn	19.10.
Vortrag von Karolin Seitz zum Treaty-Prozess bei Südwind in Bonn	19.10.
Side-event zum Report Spotlight on Sustainable Development 2017 in Genf	23.10.
Roundtable Discussion „The Way Forward – Towards a UN Treaty on Business and Human Rights: Options for form and process“ in Genf	25.10.
Vortrag von Wolfgang Obenland über die Umsetzung der Agenda 2030 im Bund und lokal bei Forum Umwelt und Entwicklung/VENRO in Berlin	02.11.
Workshop „Adding up the odds: out of the box approaches to increasing ambition and action for climate justice“ bei der COP 23 in Bonn	08.11.
Vortrag von Jens Martens zu „Make America great again – Auswirkungen der amerikanischen Außenpolitik auf Multilateralismus und internationale Entwicklungszusammenarbeit“ bei der GIZ in Bad Honnef	14.11.
Vortrag von Jens Martens über die Agenda 2030 als Referenzrahmen für Kommunen bei der SKEW in Eutin	21.11.
Vortrag von Jens Martens über die Agenda 2030 beim Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung in Bayern u.a. in Nürnberg	28.11.
International Strategy and Networking Workshop “Strengthening Public Policies for the 2030 Agenda” in Kooperation mit dem Issam Fares Institute for Public Policy and International Affairs und dem Arab NGO Network for Development (ANND) in Beirut, Libanon.	30.11.- 01.12.
Panel Discussion zum Launch des Reports Spotlight on Sustainable Development 2017 an der American University of Beirut, Libanon	01.12.
Vortrag von Wolfgang Obenland über „SDGs planen und steuern“ beim Bündnis eine Welt Schleswig-Holstein/Eine Welt Netzwerk Hamburg/etc. in Hamburg	05.12.
Workshop mit dem Forum Umwelt und Entwicklung zu „Das bisschen Haushalt ...(?) Schritte für Politik und Zivilgesellschaft zu einem SDG-konformen Bundeshaushalt“ in Bonn	06.12.

4. GPF im Internet



www.globalpolicy.org



www.globalpolicywatch.org



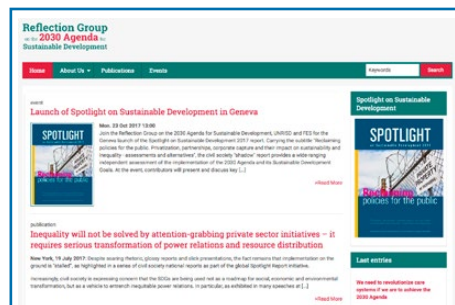
www.2030agenda.de



www.2030report.de



www.2030spotlight.org



www.reflectiongroup.org

